

**Themenübersicht
Plenar-Pressegespräch
Montag, 17. Januar 2022**

**Vorstellung der Initiativen der CDU-Landtagsfraktion
für die Plenarsitzungen
am 19. und 20. Januar 2022**

Vorsitzender der
CDU-Landtagsfraktion
Christian Baldauf MdL

Stellvertretende Vorsitzende der
CDU-Landtagsfraktion
Anke Beilstein

Themen:

- 1. Antrag:**
„Elementarschadenversicherung“
- 2. Änderungsantrag:**
„Verbindliche Teststrategien für rheinland-pfälzische Schulen und Kitas“
- 3. Antrag:**
„Kinder in den Fokus nehmen: Aufholen nach Corona – Personaloffensive für Schulen starten“
- 4. Große Anfragen:**
„Altersentwicklung der Ärzteschaft in Rheinland-Pfalz“
„Maßnahmen zur Sicherung der medizinischen Versorgung in Rheinland-Pfalz“

1. Antrag:

„Elementarschadenversicherung als Teil eines Gesamtkonzepts zum Schutz vor den finanziellen Folgen von Naturereignissen“

Hohe Schäden durch Unwetterereignisse

Schäden durch Unwetterereignisse - insbesondere durch Hochwasser - nehmen in ihrer Frequenz aber auch in ihrer Höhe leider zu. Immer wieder stellt sich dann die Frage, wer für den finanziellen Ausgleich der betroffenen Menschen sorgen soll. Seit vielen Jahren schon wird in diesem Zusammenhang über das Thema Elementarschadenversicherung diskutiert. Fortschritte konnten hier bisher nicht in ausreichendem Maß erzielt werden.

Flutkatastrophe im Ahrtal

Die Flutkatastrophe im Ahrtal hat neben dem tragischen Verlust von Menschenleben auch verheerende materielle Schäden in Milliardenhöhe zur Folge. Massive staatliche Wiederaufbauhilfen sind hier alternativlos, zumal der Anteil von Wohngebäuden mit Elementarschadenschutz mit 37 Prozent in Rheinland-Pfalz sehr niedrig ist und etwa 10 Prozentpunkte unter dem Bundesschnitt liegt. Die Diskussion darüber, wie eine akzeptable Versicherungsquote erreicht werden kann - auch im Kontext von Pflichtversicherung oder Versicherungspflicht – ist in den Mittelpunkt gerückt.

Versicherungspflicht nur Ultima Ratio

Eine Versicherungspflicht für Elementarschäden ist für die CDU-Landtagsfraktion nur die Ultima Ratio. Über Anpassungen im Bauordnungsrecht und Präventionsmaßnahmen wollen wir Katastrophenfällen vorbeugen und Menschen und ihr Hab und Gut besser schützen.

Zugleich wollen wir erreichen, dass alle Bürgerinnen und Bürgern eine bezahlbare Versicherung gegen Elementarschäden abschließen können. Bis zum 31.12.2024 sollte in Rheinland-Pfalz eine Versicherungsquote von min. 80% für Elementarschäden erreicht werden. Dies muss im Zuge einer Evaluation überprüft werden. Sollte das Ziel nicht erreicht werden, muss über weitergehende Maßnahmen debattiert werden.

Staatliche Unterstützungsleistungen sollen nur noch im Falle von Hochschadenereignissen gezahlt, wenn eine vorab zu definierende Schadenhöhe überschritten wird.

Was wir wollen:

Die Versicherungsbranche soll zukünftig ausschließlich Wohngebäudeversicherungen anzubieten, die den Schutz gegen Naturgefahren beinhalten. Der Versicherungsnehmer muss in einem Opt-Out verfahren gezielt den Schutz gegen Naturgefahren abwählen. Damit sollte eine Erklärung verbunden sein, dass der Versicherungsnehmer damit in Kauf nimmt, im Katastrophenfall keine staatliche Unterstützung für den Wiederaufbau zu erhalten.

Bestehende Verträge sollen um den Schutz vor Naturgefahren erweitert werden. Den Versicherungsnehmern soll im Opt-Out Verfahren ermöglicht werden, auf die geplante Umstellung zu verzichten.

2. Änderungsantrag zum Antrag der Freien Wähler

„Verbindliche Teststrategien für rheinland-pfälzische Schulen und Kitas“

Unterstützung für Antrag der Freien Wähler

Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt den Antrag der Fraktion der Freien Wähler *„Regelmäßige Testungen an Schulen anerkennen und ein Corona-Testheft für Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz einführen“*. Diese Initiative zielt darauf ab, einen Testnachweis zu schaffen, der für außerschulische Aktivitäten genutzt werden kann.

Engmaschige Teststrategie schaffen

Verbunden mit dieser Unterstützung ist ein Änderungsantrag der CDU-Landtagsfraktion, der die Schaffung einer engmaschigen verbindlichen Teststrategie für Schulen und Kitas vorsieht. Alle Schülerinnen und Schüler sollen sich drei Mal pro Woche testen.

In Kitas soll es regelmäßige PCR-Lollitests geben, um Kinder und Beschäftigte der Einrichtung bestmöglich zu schützen. Das sind die wichtigsten Bausteine, die die Gewährleistung von Präsenzunterricht in der Pandemie erhöhen. Denn kein digitales Format kann den Unterricht oder die Betreuung in Präsenz ersetzen kann.

3. Antrag:

„Kinder in den Fokus nehmen: Aufholen nach Corona – Personaloffensive für Schulen starten“

Zwei Jahre Pandemie

Die Bestandsaufnahme nach zwei Jahren Corona zeigt, dass es die Kinder und Jugendlichen sind, die mit am stärksten unter der Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen gelitten haben. Schulische Bildung und persönliche Entwicklung konnten nicht so erfolgen, wie es eigentlich altersangemessen erforderlich gewesen wäre. Niemand kann mit Bestimmtheit sagen, wie sich die Pandemie künftig entwickelt und ob weitere Wellen kommen. Es muss deshalb alles darangesetzt werden, Kinder und Jugendliche besser zu schützen und Präsenzunterricht zu gewährleisten.

Aufholen nach Corona

Schulschließungen, Wechselunterricht und Home-Schooling haben zu Lernrückständen geführt, die nicht hingenommen werden dürfen. Es bedarf deshalb eines Landesprogramms „Aufholen nach Corona“, das hier ansetzt, Lernrückstände abbaut und eine dauerhafte Beeinträchtigung der persönlichen Bildungsbiografien verhindert. Alle jungen Menschen sollen ihre Bildungsziele erreichen und ihre Persönlichkeit entwickeln können.

Ferienfreizeiten, Sommer- oder Herbstschulen reichen nicht aus

Ferienfreizeiten, Sommer- oder Herbstschulen reichen dazu nicht aus. Denn damit werden zu wenige Schülerinnen und Schüler erreicht. Aus dem noch von der Regierung Merkel beschlossenen Hilfsprogramm erhält allein Rheinland-Pfalz 63 Mio. Euro. Diese Mittel müssen gezielt in den Schulen eingesetzt werden, um Bildungs- und Wissenslücken zu schließen. Voraussetzung für unterrichtsbegleitende Fördermaßnahmen in den Kernfächern und effektiveres Lernen in kleineren Klassenverbänden und Gruppen ist allerdings, dass ausreichend Lehrpersonal in den Schulen vorhanden ist.

Strategie fehlt

Derzeit gibt es keine Strategie, um diesem erhöhten Bedarf an Lehrkräften zu begegnen. Hat schon bisher der Lehrermangel notwendige individuelle Fördermaßnahmen und die Sprachförderung nicht in dem erforderlichen Maß ermöglicht, so verschärft sich diese Situation seit dem Auftreten der Corona-Pandemie enorm. Es bedarf daher dringend eines zielgerichteten Personalmanagements für die Zukunft, um qualitativ gute Bildung und echte Chancengerechtigkeit sicherzustellen.

Was wir wollen

- flächendeckende Lernstandserhebungen an allen Schulen.
- flächendeckendes schulisches Förderprogramm für Kindern mit Lernrückständen.

- Personaloffensive zur Gewinnung der erforderlichen Lehrkräfte. Dies kann beispielsweise erfolgen durch:
 - Entlastung der Lehrkräfte von allen nichtpädagogischen Arbeiten, damit sie möglichst vollumfänglich für Lehrzwecke zur Verfügung stehen, durch kurzfristige Einstellung von Nicht-Lehrpersonal.
 - Akquirierung von pensionierten Lehrkräften, die bereit sind, sich für eine gewisse Zeit beim Programm „Aufholen nach Corona“ einzubringen.
 - Entfristung der Vertretungsverträge von Lehrkräften im geeigneten Maß und Umwandlung in Planstellen, damit der Personalbedarf an Schulen auch langfristig gedeckt wird.
 - klare und transparente Perspektiven Lehramtsabsolventen für eine Einstellung im Schuldienst statt Vertretungsverträge.
 - Überprüfung, welche weiteren verbesserten Rahmenbedingungen zur Gewinnung von mehr Lehrerinnen und Lehrern geschaffen werden können.

4. Große Anfragen:

„Altersentwicklung der Ärzteschaft in Rheinland-Pfalz“

„Maßnahmen zur Sicherung der medizinischen Versorgung in Rheinland-Pfalz“

Kurswechsel zur Sicherung der ärztlichen Versorgung in Rheinland-Pfalz nötig

Die Gewährleistung der ärztlichen Versorgung – gerade im ländlichen Raum – ist eines der drängendsten Probleme im Bereich der Daseinsvorsorge. Zu lange schon beschönigt die Landesregierung beim Thema *Ärzttemangel /ärztliche Versorgung* die bisherige Entwicklung und hat damit bevorstehende Probleme verharmlost.

In einer Gesellschaft, in der die Menschen immer älter werden, hat die Landesregierung nach wie vor keine nachhaltigen Konzepte für die notwendige Gewährleistung von **Betreuung und Pflege**, für die auskömmliche Finanzierung von **Krankenhäusern** bis hin zur Sicherung der **ärztlichen Versorgung auf dem Land**.

Kurzer Einschub zur historischen Einordnung

- Bereits 2002 hatte die Landesärztekammer vor Problemen bei der Besetzung freier Arztstellen gewarnt. Die damalige Sozialministerin Dreyer (2002-2013) hatte kritische Äußerungen zum Thema Hausärzte- und Fachärztemangel in Rheinland-Pfalz zurückgewiesen.

- Seit vielen Jahren macht die CDU-Landtagsfraktion auf diese Problematik aufmerksam und fordert durchgreifende Maßnahmen zur Gewährleistung der ärztlichen und fachärztlichen Versorgung im ländlichen Raum. Diese Forderung reicht zurück bis in die Amtszeit der jetzigen Ministerpräsidentin Dreyer als zuständige Ministerin.
- Wäre damals gehandelt worden, wären wir heute nicht mit einer drohenden Unterversorgung konfrontiert. Gerade in Anbetracht der langen Ausbildungszeit von Medizinern ist eine vorausschauende Planung eigentlich unverzichtbar.

Das Probleme: Altersstruktur der Ärzte

Die Altersstruktur spielt eine entscheidende Rolle für die Situation und die Entwicklung der ärztlichen Versorgung. Insbesondere im ambulanten Bereich hat sich von Ende 2000 bis Ende 2020 eine dramatische Entwicklung ergeben. Anders als Ende 2000 waren Ende 2020 kaum noch niedergelassene Ärzte unter 40 Jahren vorhanden, auch die Zahl der Ärzte unter 50 Jahren ging massiv zurück. Ärzte über 60 und über 65 Jahre, damals fast noch eine Randgruppe, prägen Ende 2020 nach den 50- bis 59-jährigen Ärzte die Altersstruktur.

In der Konsequenz bedeutet das, dass viele Praxen schließen. Zur Frage, wie die Prognose dahingehend nach 2022 für Rheinland-Pfalz – besonders für die Ärzteversorgung im ländlichen Raum – aussieht, mauert die Landesregierung in Ihrer Antwort.

Fakt ist: Wenn keine entsprechenden Gegenmaßnahmen ergriffen werden, kann die Entwicklung der Altersstruktur innerhalb der rheinland-pfälzischen Ärzteschaft zu einer weiteren Verschlechterung der gesundheitlichen Versorgungslage führen.

Das muss sich ändern:

- Die aktuelle und sich zu verschlimmern drohende Versorgungslücke im Bereich der Humanmedizin muss sich schließen.
- Wir brauchen dringend mehr Studienplätze im Bereich Humanmedizin.
- Wichtig sind auch die Erleichterung des Zugangs zum Medizinstudium und die Einführung einer Landarztquote kombinierbar mit einem Stipendienprogramm.

Zusammenfassung:

Der Mangel an Hausärzten in Rheinland-Pfalz zu einem Gutteil hausgemacht ist. Die Landesregierung hat die Entwicklung trotz aller Warnungen verschlafen. Auf die Gefährdung der ärztlichen Versorgung wird seit Jahren hingewiesen.

Umso bedauerlicher ist, dass die Landesregierung nach wie vor nur sehr zögerlich reagiert.

Den Ärzten, die über das Rentenalter hinaus weiterarbeiten, müssen wir dankbar sein. Würden sie regulär in den Ruhestand gehen, wären die Folgen für die Versorgung mit Hausärzten katastrophal. Die meisten von ihnen tun dies aus Verantwortungsgefühl gegenüber ihren Patientinnen und Patienten.

Die Landesregierung muss ein geschlossenes Gesundheitskonzept vorlegen.

Die Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz ächzen unter der Belastung durch die viel zu geringen Mittel im Bereich der Investitionskostenfinanzierung. Das ist Ländersache. Rheinland-Pfalz liegt im Bereich der Investitionsförderung unter dem Bundesdurchschnitt und zählt zu den Bundesländern, die am wenigsten Fördermittel für Krankenhausinvestitionen bereitstellen. Dieses Geld fehlt den Krankenhäusern an allen Ecken und Enden.